

Protokoll vom 26. bundesweiten Treffen am 18.10.08 in Hannover

Anwesend waren MitstreiterInnen aus Aschersleben, Berlin, Bremen, Dresden, Fürstenwalde, Gießen, Göttingen, Halle (Saale), Hannover, Höxter und Peine.

Tagesordnung, der ursprüngliche Vorschlag wurde zu Beginn des Treffens um einige Punkte ergänzt:

1. Formalia (Begrüßung, Protokoll, Moderation und Vorstellungsrunde)
2. Vorstellung Stand der Dinge Bündnisplattform gegen Kinderarmut durch Hartz IV, Diskussion über unsere Kernkampagne: Wie kann, wie soll sie weiter ausgebaut werden? Eingeschobener Punkt zu 2.: Finanzmarktkrise, zusätzlicher Hinweis: Stabilitätsrat
3. Weitere Themen: Referentenentwurf, Beistand/Zahltag, bevorstehende Tarifaueinandersetzung der IG Metall und mögliche Unterstützung durch uns.
Ergänzungen zu 3.:
 - a) weitergehende Bündnisse
 - b) Sozialticket
 - c) Vorschlag eines Offenen Briefes an die SPD, anlässlich ihrer eindeutigen personellen Festschreibung auf Agenda 2010 durch Nominierung von Müntefering
 - d) Zuzahlungsprobleme Medikation für Hartz-IV-Empfänger (Beisp. Hamburg)
 - e) Rentenbetrug gegen/bei Alg-II-Empfängern
 - f) Herbsdemonstration am 8. November in Berlin.
4. Aktuelles.

Die Tagesordnungspunkte im Einzelnen.

1. Protokollführung: Michael Boeken. Moderation: Edgar Schu. Vorstellungsrunde beschränkt sich dieses Mal auf eine kurze Erwähnung, wer an welchem Ort in welcher Organisation engagiert ist. Die Bandbreite der Organisationen erstreckt sich von unabhängigen Initiativen über gewerkschaftliche bis zu Parteigliederungen.

2. Bündnisplattform gegen Kinderarmut (www.kinderarmut-durch-hartz4.de)

Die Kampagne gegen Kinderarmut durch Hartz IV soll weiter betrieben werden. Gerade angesichts der Verwerfungen durch die Wirtschaftskrise zeigt sich die Stärke der Bündnisplattform in ihrer inhaltlichen Schärfe. Die Gefahr von Kürzungen im sozialen Bereich wächst durch die Krise, und es ist gerade jetzt wertvoll, dass die Sozialproteste etwas in der Hand haben, wogegen die Sozialräuber keine Argumente haben, welche bei den Erwerbstätigen Verständnis finden könnten.

Um diesen Druck durch Aktivitäten mit weiteren Bündnispartnern noch zu verstärken, wurden verschiedene Punkte zusammen getragen. Die Bündnisplattform gegen Kinderarmut durch Hartz IV ist eine erste Grundlage. Ihr haben sich inzwischen Hunderte Initiativen, ver.di- und auch viele gewerkschaftliche Gliederungen, Attac Deutschland und über dreitausend Einzelpersonen angeschlossen. Dieses Bündnis soll weiter ausgebaut werden.

Im folgenden sind einige Punkte des Diskussionsverlaufes wieder gegeben:

- Gute Fortschritte sind in der Forderung „Gegen die Aberkennung von Wachstumsmehrbedarf“ und „die Aberkennung von jeglichem Schul- und Bildungsbedarf“ insofern, als die Politiker hier voll in der Defensive sind und keinerlei

Argumente haben. Daher sollten wir sie an diesen wunden Punkten greifen und öffentlich bloß stellen.

- Die Durchsetzungsperspektive ist zwar gut, „wir brauchen aber mal einen Erfolg!“
- „Der Protest braucht einen sichtbaren Ausdruck“ (Peter Grottian)
- Die Kindergeld- „Erhöhung“ bedeutet einen faktischen Rechtsrutsch, insgesamt und gesellschaftlich.
- Insbesondere die Triaden- („Modell-Maße“-) Forderung 30 – 10 – 500 ist weiterhin „richtig“ anzubringen, da der Staat selbst (in Form der Finanzämter) das Lebensminimum mit 500 € als absetzungsfähig ansieht

3. I. Bündnisstrategie: Hierzu diskutierten wir folgende Positionen

- Zusammenarbeit mit Kinderschutzbund erscheint uns wichtig bis notwendig. Problem: Was nutzt uns ein namhafter „Mitreiter“, wenn dieser im Endeffekt nur Symptompflege betreibt und letztlich doch den Neoliberalismus unangegriffen lassen will?
 - I. Wir benennen ein Verhandlungsminimum, wie bspw.:
 - „Stop dem Sozialabbau!“
 - „Kinderwachstumsmehrbedarfs- und Schulbedarfs-Kürzungen müssen zurückgenommen werden
 - II. Auf örtlicher Ebene versuchen, hiermit auf eine gemeinsame Basis zu kommen
 - Wer hier mit uns gemeinsam fordern/kämpfen will, ist bündnisfähig.
 - wer „Erlaubnis“ vom Bundesvorstand benötigt, um eigenständig „Stoppt den Sozialabbau!“ (etc.) fordern zu können, oder wer diese Minimalforderung NICHT mit uns gemeinsam erheben will, kann auch keine wirkliche soziale Verbesserung erlangen (wollen) und ist bündnisunwillig. Hier sollten wir diese aber auch öffentlich benennen und anprangern im Sinne von Demaskieren.
 - III. Zur Frage: „Wollen wir überhaupt mit solchen Organisationen wie Kinderschutzbund o.ä. in Bündnisse eintreten?“ Wurde geäußert:
 - „Sofern in unserem Kampf gegen den brutalen Sozialabbau irgendwer und egal, wer – außer rechtsradikale Strömungen – nur einen Meter des Weges gemeinsam mit uns ginge, MÜSSEN wir mit jedem, der dazu auf minimalster Basis bereit ist, jedes Bündnis eingehen!“ Zur Begründung wurde genannt, da wir viel zu schwach sind, um „eigentliche“ Forderungen, wie bspw. 500,- € (die eigentlich heute mindestens schon 599,- € lauten müssten) zur Existenzsicherung zu erheben und uns deshalb auf den Kampf gegen den Sozialabbau bei den Kindern „beschränken“ müssen, daher können wir uns den ‚Luxus‘ = die Borniertheit, ohne breite Bündnispolitik zu arbeiten nicht erlauben. Ein Scheitern unseres Kampfes sei gewiss. (M.B.)
 - Diese Position war im Wesentlichen konsensfähig, mit der Einschränkung:
 - „keine ewigen personalaufwändigen Verhandlungen, dazu bräuchten wir bezahlte Vollzeitstellen“ und
 - „es macht keinen Sinn, zu Verhandeln, wenn keinerlei Einheit zu erwarten ist“
 - „Ein ‚Runder Tisch‘ mit bspw. 15 der namhaftesten Organisationen, Vereine und Institutionen sollte hier mit Effizienz die Bündnisbemühungen bündeln“ (Peter G.)

- **„Das Fest der würdigen Wut“:** diese Idee von den sozialen Abwehrkämpfen in Lateinamerika (hier: Mexiko, aus „die andere Bewegung“ der Zapatisten) wurde von Rainer Wahls eingebracht und fand großen, einhelligen Anklang. M.B. berichtete vom Kampf gegen die Schließung einer Stadtbücherei in Hannover-Linden. Hier habe die BI neben vielen anderen Tätigkeiten und Aktionen auch ein „Fest der würdigen Wut“ als Kampfmittel eingesetzt. Dies war sehr erfolgreich, besonders auch hinsichtlich der Bündnispolitik und Einheitsfront der verschiedensten politischen Parteien, Gruppen u. Organisationen und der Verwurzelung im Stadtteil. Es trug nur noch nicht diesen klangvollen Namen, sondern hieß „nur“ ‚Solidaritätsfest zum Erhalt der Stadtbibliothek‘. Er schlug vor, wegen der Einheitlichkeit und des Bekanntheitsgrades (Corporated Identity) dies für alle Orte, evtl. sogar an einem bestimmten Tage unter diesem Namen „Fest der würdigen Wut“ als Aktionskampftag durchzuführen, sowie auch unabhängig davon.
Der Vorschlag wurde dahingehend ergänzt, das Jahr 2009 zum Jahr des ‚Fest‘ der würdigen Wut“ im Kampf gegen Kinderarmut zu erklären
- **Peter G.** trug vor: „Bündnispolitik heißt: ‚wir kämpfen zusammen gegen Kinderarmut““, er schlug vor, ein Konzept zu erarbeiten über:
 - IV. WAS ist das gemeinsame Interesse und WAS kann WER gemeinsam tragen:
 - von jetzt bis zum nächsten Frühjahr
 - im nächsten Jahr, bis zum Sommer
 - unabhängig von Zeitpunkten, MIT ANDEREN ZUSAMMEN und nicht allein
- „Wir sollten unsere ‚scharfen Forderungen‘ nicht so hoch hängen“ lautete eine weitere Position zur Aussage des Kollegen Michael Mitzig („die Linke“/Hannover) „braucht man denn überhaupt dieses Wirtschaftssystem, das die Kinderarmut massiv hervorbringt und auch will!“
Die Stimmung wird zwar immer größer, aber keiner tut etwas, das richtig auffällt oder Wirkung zeige und nix passiert. Selbst wenn eine Regelsatzerhöhung um nur 40 € gelänge, wäre das wichtig, als Erfolg verbuchen zu können und die Betroffenen brauchen jeden Cent. Mit der Forderung nach 500,- € Existenzsicherung ALLEIN kämen wir keinen Millimeter weiter.
Den Positionen, „das sei zu wenig“ und „es sei eine Frage der Würde, wir wollen uns nicht mit einem Almosen oder Brosamen abspesen lassen, den die Inflation schon im Vorhinein bereits aufgefressen habe“ wurde entgegengestellt: Inhaltlich ist das o.k. und auch unsere Linie, es fehlt aber an politischer Durchsetzungsfähigkeit. Daher müssen wir – leider – an niedrigerem Level beginnen.
- Theresa (aus Hannover) gab zu bedenken: „Gerade die sogenannten Sozialverbände sind die schlimmsten Ausbeuter bei 1-€-Job-Einstellungen und arbeiten mit den Jobcentern gern und eng zusammen. Wir sollten daher schon genau überlegen, wen wir als Bündnispartner wirklich brauchen und auch haben wollen.“
- Rainer W. berichtete von Bündnisverhandlungen mit der Partei „die Linke“ in Berlin, was aber auch auf Bundesebene zu übertragen sei:
 - 1) Die Linke müsse sich auf UNSERE Kernforderungen (30 – 10 – 500) „einigen“
 - 2) Wir können uns nicht auf deren Position um 460,- € herunter bewegen, wo am Ende vielleicht nur ein unbestimmter, kleiner Teuerungsausgleich von übrigbleibt. Das ist keine Armutssicherheit.
 - 3) Wir wollen uns nicht von den Linken vereinnahmen u. vor deren Karren spannen lassen

- **Zur Frage der Kritik an den Tafeln** wurde argumentiert, daß dies schnell als „Kampf gegen die Armen“ missverstanden würde, dennoch stimmten wir zu, gebotene Kritiken aber deutlich und unmissverständlich gegen die Trägerschaft bzw. Kommunen politisch-inhaltlich zu führen.
„Tafeln sind Sterbehilfe“, man lässt die Menschen sogar ohne 1-€-Job umsonst arbeiten
- **Plakatentwurf mit Merkel und Münze lag vor.** Dieser stieß nicht auf einhellige Zustimmung, ein Meinungsbild zeigte, daß eine große Mehrheit befand, daß dieser Inhalt („die haben uns das eingebrockt“) nicht deutlich herüberkäme und die Thematik „Kinderarmut“ nicht getroffen sei.
M.B. aus Hannover erklärte sich bereit einige bereits vorhandenen Plakatentwürfe aus der 1-Mai-Rede-2008, aus dem „Manifest der Arbeitenden und Erwerbslosen in Stadt und Land“ sowie der „Dokumentation: Gegen die Bibliotheksschließung“ unter direkter Bezugnahme der Kinderarmut als Alternativvorschlag vorzubereiten und vorzulegen. Wichtig sei ihm, daß derlei Plakatmotive Copy-right-frei wären und möglichst bundesweit als einheitliches Bild (auch als A6-Handzettel, A5-Flugblatt bis hin zum A1-Poster) angewendet würden.

Durch die nachstehenden 4 Kollegen wurden folgende, konkrete Vorschläge entwickelt, um die soziale Protestbewegung voranzubringen:

1. (Peter G.):
 - a) Es sollte mit den Linken **konkret** ausgelotet werden, was zusammen machbar ist und was nicht
 - b) In der Art einer offensichtlichen „Fälschung“ nicht, eher Nachahmung bspw. ein Bundesgesetzblatt o.ä. als Regierungs-/Bundestagsbeschluss- ‚Flugblatt‘ mit dem Tenor. „500 Milliarden für marode Banken – 500,- Euro für die Armen und Kranken!“
 - c) In der Armutskonferenz darauf hin wirken, dass mindestens „freier Schulbedarf und warmes Essen“ als Slogan gefordert werden sollte
 - d) Ein Bündnistreffen mit ca. 15 Organisationen/Personen mit dem Ziel der Verstärkung der gemeinsamen Positionen und Forderungen auf Basis eines ordentlichen Minimalkonsenses.
 - e) Eine spektakuläre und maßgebliche Großaktion mit pfiffigen Ideen und Maßnahmen, die wir mit unseren Möglichkeiten auch real erbringen können, um Aufmerksamkeit zu erlangen und einen „Achtungserfolg“ zu erzielen, wobei unsere Kernforderungen in den Mittelpunkt gestellt werden.
2. (Jochen aus Hannover)
 - a) Dennoch/auf jeden Fall die sog. „virtuelle Kampagne“ fortführen, da sie noch keine Durchschlagskraft erlangt habe
 - b) Das Bündnis muss unbedingt vergrößert werden im Notfall auch

- c) unter der Vorgabe: „Nicht: ‚wir – und andere dürfen sich anschließen‘, sondern: ‚Wir sind alle zusammen eine Bewegung – und da machen u.a. auch wir selbstverständlich mit““
- d) Die Idee des „Fest der würdigen Wut“ unter genau diesem Wortlaut- Motto als Maßnahme des Sozialprotestes

3. (Rainer W. aus Berlin)

- a) Der vorliegende Plakatentwurf sei s.E. „moralinsauer“ und untauglich
- b) @ Peters Alternativ-Idee, mit einer „Fälschung“ zu arbeiten, gäbe er zu bedenken, dass diese Stilmittel schnell auch nach hinten losgehen können (Strafverfahren, Geldbuße, Negativwerbung etc.)
- c) Wir müssen (neue) **strategische Wege** suchen, um „Regelsatzerhöhung auf 500,- € JETZT“ auch in Verbindung mit „Mindestlohn-Zahlung (in Höhe von 10,- €/Std.) JETZT“ voranzubringen
- d) Wir müssen (dringendst) eine Anknüpfung an die seinerzeitige Protestbewegung vom 1. November 2003 erlangen, allerdings auf höchstem und durchsetzungsfähigen Niveau.
Zwar habe es von 2003 bis 2008 drei Protestwellen gegeben, dennoch ist die „Wut (allein) nicht progressiv (genug)“
Wir werden derzeit überrollt von einer Lawine von Sozial-Demontage-Maßnahmen seitens des Kapitals, dass wir zu sehr in der Defensive mühevoll gegen schlimmste Hunger-/Bildungs- und Kinderarmut ankämpfen müssen und uns mit dem „**größten Umverteilungsprozess aller Zeiten**“ konfrontiert sehen.

4. (Roland)

Wie wir die verschiedenen Kampagnen/ -Ebenen zuordnen sollten:

- a) Die „Gegen-Kinderarmut“ –Kampagne sowohl als moralischen, wie auch virtuellen Kampf verstehen und mit konkreten vor-Ort-Aktionen weiterhin und verstärkt mit Leben füllen.
- b) Für 2009: massivste Einschnitte auf mindestens 4-5 Ebenen werden auf uns zukommen:
 - staatlich gesteuerte u. gewollte Restriktionen werden in allen Bereichen (Bundes-/Länder-/ und kommunale Ebene) 3fach wirken
- c) „Rechte zu haben und nutzen zu können, kann nie verbrieft sein: man muss sich die Rechte und den Rechtsanspruch auch aneignen!“

5. (Edgar)

Beginnt, die einhelligen Konsensmeinung(en) zusammenzufassen:

- Alle sind dafür, dass die Aktion gegen Kinderarmut weiterläuft.

- Aufgaben, die daraus erwachsen und zu bewerkstelligen sind (hier steuerten verschiedene Mitstreiter Beiträge zu):
 - a) WIE stellen wir die Kinder- & Eltern-Interessen auf eine Basis?!
 - b) Organisationen wie z.B. Vamv (Verein alleinerziehender Mütter und Väter), Schülerstreik u.a. in das Bündnis miteinbeziehen.
 - c) einen „runden Tisch mit ca. 15 Bündnisorganisationen/-Partnern und Personen organisieren, um Synergie-Effekte wirken zu lassen
 - d) das „Fest der würdigen Wut“ als Titel und Format für aktive Bündnis-Verhandlungen und -Erfolge verstehen für jedes mögliche
 - „Bündnis von unten“ und auch
 - „Bündnis von oben“
 - aus dem „Fest der würdigen Wut“ ein „Jahr der würdigen Wut“ werden zu lassen.
 - e) Plakat neu erstellen mit dem Tenor: „**Kinderhilfe statt Bankenhilfe**“

Zu 3. b) Sozialticket Sozialbündnis Hannover:

Jochen trug die bisherigen, vorläufigen Ergebnisse vor. Nachdem es dem Sozialbündnis Hannover gelungen ist, eine große Öffentlichkeit für die Einführung eines Sozialtickets herzustellen, versucht der Regionspräsident und andere Verantwortliche, sich davon zu stehlen. Der komplette, ausführliche Bericht lag ausgedruckt in einigen Exemplaren vor und ist online abrufbar:

http://www.region-niedersachsen-mitte.dgb.de/pdf/Sozialticket_2008_10.pdf

Zu 2., ergänzend: momentane Situation durch Finanz-/Banken-/ allg. Wirtschaftskrise Klare Linie:

- NICHT auf unsere Kosten
- NICHT auf dem Rücken der Ärmsten auszutragen
- Die Bankrotteure müssen zahlen

Betreffend die Bitte aus Berlin, dass das ABSP namentlich zu der Aktion zum Thema Finanzmarktkrise von Attac und ver.di vor dem Finanzministerium aufrufe, „gegen Abwälzung der Bankenpleite zu Lasten der Armen“, wurde ein Stimmungsbild erstellt und das Ergebnis war eine große Zustimmung.

Eine Arbeitsgruppe, Rainer und Roland aus Berlin (ggf. et al.) verfasst dazu einen Brieftext und Redebeitrag. So, dass unser ABSP als Mitstreiter auftritt.

Zu 3. Beistand/Zahltag:

Soll auf jeden Fall weiter entwickelt werden. Gegenwehr vor Ort ist dringend notwendig. Anmerkung: Nachdem in NRW flächendeckend die Unterstützung von unabhängigen Beratungsstellen aus Landesmitteln gestrichen worden ist, werden ausgerechnet in Köln diese Stellen weiter finanziert. Dies scheinbar aus dem Grund, dass die Behörden ohne eine zwar von ihnen unabhängige, aber dennoch geordnete Beratungs-Struktur befürchten würden, dass sich Strukturen von gegenseitiger Begleitung und Beistand als Ersatz für die Beratung zu großen Problemen auswachsen können würden.

Zu 3. c) Vorschlag, einen Brief und Apell an den SPD-Parteitag zu senden

Hierzu wurden eine Reihe unterschiedlicher Anträge gesellt, nachdem wir Für und Wider durchaus kontrovers debattiert hatten.

Der letztendlich weitestgehende Antrag wurde von Peter G. gestellt, nämlich gar nicht mehr darüber zu befinden, da der zeitgleich am heutigen Tage stattfindende SPD-Parteitag vermutlich bereits in diesen Minuten beendet sein dürfte oder aber in Kürze. Ein noch aufzusetzendes und dorthin zu faxendes Schreiben würde die Veranstaltung entweder nicht mehr zeitgerecht erreichen oder nicht mehr zur Verlesung gebracht. Mühe und Aufwand seien daher vergeblich und ohne Wirkung.

Auf Vorschlag von Michael B. aus Hannover wurde dieser Antrag als erstes zur Abstimmung gestellt, damit – falls dieser eine Mehrheit erhalten würde – sich alle anderen Anträge automatisch als Ablehnung erledigt hätten und wir eine Menge Zeit und Energie gespart hätten.

Demgemäß wurde auch verfahren, das Ergebnis der Abstimmung war so knapp, dass ausgezählt werden musste:

Mit knapper Mehrheit (etwa 15 : 13, einige Enthaltungen) wurde beschlossen, keinen Apell mehr an den SPD-Parteitag zu versenden. Damit war der TOP erledigt.

Zu 3. b) Situation eines erkrankten Mitstreiters aus HH/Zuzahlungsprobleme Medikamente

Kollege Peter G. berichtet: „Der Hamburger ELO-Aktivist Michael L. sei von einer chronischen Krankheit (,trockenes Auge‘) betroffen und an einer besonders schweren und schmerzhaften Variante erkrankt.

Die Krankheit sei wenig erforscht, genaue Ursachen seien weitgehend unbekannt, klassische Therapiemaßnahmen (wie z.B. Augentropfen o.ä.) behandeln nur die Symptome, Heilung sei nicht abzusehen. Nicht alle Mittel helfen. Besonders bei den schwereren Fällen seien einige Medikamente völlig wirkungslos. Normale Schmerzmittel ebenfalls. Eine gewisse Linderung brächten oft im Ausland erhältliche Spezialpräparate, die hierzulande gar nicht zugelassen seien und folglich von den Kassen nicht mit einem Cent bezuschusst würden.

Dieses Problem mache z.Z. etwa 37.000 Alg-II- EmpfängerInnen schwer zu schaffen, da die Alternativen nur heißen:

- Keine Medikamente und unter unsäglichen Schmerzen und anderen menschenunwürdigen Beeinträchtigungen hilflos und wehrlos vor sich hinvegetieren zu müssen und jämmerlich zu verrecken,
- Medikamente aus der eigenen Tasche = Grundsicherung - soweit möglich - bezahlen: das Volumen liegt z.T. durchaus im 80,- €-Bereich/pro Woche,
- Dann bleibt zum Essen oder für den Facharzt-Besuch (Fahrkosten) UND fürs Heizen NICHTS oder nur so minimal wenig übrig, dass massiv gehungert werden muss und am Ende auch hier nur noch elendiges und qualvolles Verrecken bleibt.

Der betroffene Kollege habe im Gesprächszusammenhang mit Freunden und vertrauten Personen sogar über aktive Sterbehilfe gesprochen.

Peter G. würde nun direkt aus unserer Versammlung nach Hamburg weiterfahren, um mit Michael darüber zu sprechen, was zu tun sei. Medizinische Hilfe und Pressearbeit.

Michael B. aus Hannover (selbst auch auf nicht zugelassene Medikation sowie nicht bewilligte Therapieformen angewiesen) setzte trotz eigener und allgemeiner Betroffenheit noch eins drauf: dies sei in Hartz IV mit voller Absicht so angelegt, deswegen bezeichne er dieses menschenverachtende Machwerk auch als KZ-Gesetz, weil es

- o Tausende von Menschen krankheitsbedingt ohne angemessene ärztliche Versorgung qualvoll in den Hunger- oder Krankheitstod treibt,
- o Hunderttausende von Kindern in den Schulen bis zum Umfallen hungern lässt,

- o Millionen Menschen durchschnittlich um fünfzehn bis zwanzig Jahre ihrer Lebenserwartung früher sterben müssen.

Zu 3. e) Zur Situation der Renten-(NICHT-)Zahlung für Alg II- Empfänger

Helga AKL/Sonett-Hannover wies auf die absichtliche Falscheinstufung der Alg II-EmpfängerINNEN hin, die als „Alg II OHNE Arbeitslosigkeit“ geführt werden, statt als „Alg II MIT Arbeitslosigkeit“. Dadurch werden Rentenansprüche verringert. Jeder davon Betroffene soll/muss eine sofortige Korrektur verlangen.

Zu 3. f) 08.11.2008 der diesjährige Termin für die Herbsdemonstration gegen Sozialabbau in Berlin. Es wird kurz darüber gesprochen, und es wird der Konsens gefunden, dass das Aktionsbündnis Sozialproteste zwar nicht zu der Demonstration aufruft, aber jeder Initiative frei gestellt bleibt, ob sie an der Demonstration teilnehmen und/oder dazu aufrufen möchte. Ein Mitstreiter aus Bremen weist darauf hin, dass sich die „Koordinierungsgruppe der bundesweiten Montagsdemonstrationsbewegungen“ am 28.02.2009 für die nächste Planung trifft.

Zu 4. Aktuelles

a) Zur BAG-SHI (Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialhilfe und Erwerbsloseninitiativen) wurden einige pro und contra Positionen diskutiert - brauchen wir eine „BAG-SHI“ oder nicht: „Unabhängige Sozialberatung für Erwerbslose und zunehmend bis hin in den Bereich der prekären Beschäftigungen, braucht es bei all den Rechtsbeschneidungen und Verschlechterungen sowie Mittelstreichungen für die Beratungsstellen heute mehr denn je.“ (Rainer W.)

b) Attac hat als bisher einzige Organisation als eines der Ergebnisse des vor wenigen Tagen stattgefundenen Herbsratschlages mit dem „Düsseldorfer Papier“ eine Analyse vorgelegt, in dem die soziale Seite und die für die Schwachen in der Gesellschaft zu erwartenden Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise in die Diskussion einbezogen würden. Hier sei es interessant und notwendig, für die anstehenden Europa-Wahlen festzustellen, welche Positionen als europäische Mindeststandards im Kampf gegen Sozialabbau gesetzt werden können. (Peter G.) Auch hierzu wäre eine Zusammenarbeit mit Attac für uns von Nutzen.

c) 7. und 8. November, Thüringen, Ratschlag gegen Rechts.

d) 8. November 2008 Hannover: „Aktionsbündnis Linden gegen Rechts“ formiert einen Protestmarsch in Linden-Limmer.

e) 13.12.2008, 12 – 17.00 Uhr: nächstes bundesweites Treffen des ABSP in: Lern- u. Gedenkstätte Dokumentationszentrum NORDHAUSEN,. Ansprechpartner zur Raumabsprache ist Harald Flötling, Tel.: 0 36 31/89 60 89

f) Die Moderation spricht ein ganz herzliches Dankeschön für die tolle Organisation des Sitzungsraumes und die Verpflegung, auch die finanzielle Unterstützung des Treffens an den Arbeitskreis Arbeitslose Linden und an die ver.di-Erwerbslosen Hannover aus.